



Presse-Information Nr. 396

Landau, 22. August 2016

Stadtvorstand tagt erstmals nach Urlaubspause wieder in kompletter Besetzung –
Gründung eines Seniorenbeirats Thema – Oberbürgermeister Hirsch,
Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Klemm äußern sich zu „Landau
baut Zukunft“ – „Denkpause hat noch niemanden weitergebracht“

Nach der Urlaubsrückkehr von Oberbürgermeister Thomas Hirsch tagte der Landauer Stadtvorstand heute erstmals wieder in kompletter Runde.

Auf der Tagesordnung des Gremiums stand dabei nicht nur die Situation nach dem Großbrand in Landau-Nord, der die Stadtverwaltung seit Donnerstag vergangener Woche intensiv gefordert hatte – auch die Vorbereitung von anstehenden Sitzungen und Terminen war Gegenstand der Beratungen: So beschäftigten sich der OB, Bürgermeister Dr. Maximilian Ingenthron und Beigeordneter Rudi Klemm unter anderem mit der Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Landau, über die in Kürze im Sozialausschuss beraten werden soll.

Im Mittelpunkt standen ebenso die nächsten Schritte der Initiative „Landau baut Zukunft“. Die Stadtspitze ist sich einig, dass eine "Denkpause", wie sie von den Landauer Grünen gefordert wird, "noch niemanden weiter gebracht hat". Vielmehr dürfe man keine Zeit verlieren, um Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchten, zu helfen. Deswegen wolle die Stadtspitze mit der eingerichteten Projektgruppe engagiert weiter arbeiten, um in der zweiten Jahreshälfte – wie angekündigt – erste Zwischenergebnisse vorlegen zu können.

Dabei verweist die Stadtspitze auch nochmals darauf, dass es sich bei der Initiative „Landau baut Zukunft“ um ein wesentlich größeres Maßnahmenpaket handelt, als nur die vorbereitenden Untersuchungen für mögliche Bauflächen im Südwesten Landaus. Derzeit arbeite man vor allem auch an der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft und der Ausweisung von Bauflächen in den Stadtteilen. Die dazu in den zurückliegenden Wochen geführten Abstimmungsgespräche mit der Aufsichtsbehörde seien positiv verlaufen. Beschäftigt hat sich der Stadtvorstand aktuell in diesem Zusammenhang mit einem sogenannten „Einheimischen-Modell“ für die Vergabe von Bauplätzen in den Stadtteilen, dessen Inhalte in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

Zur jüngsten Kritik an der InWIS-Studie zur Wohnraumversorgung in Landau machte der Stadtvorstand in einer ersten Bewertung nochmals deutlich, dass die reine Faktenlage erwarten lasse, dass der Wohnraumbedarf in der Stadt Landau größer sei als die heute zur Verfügung stehenden Bauflächen. In Deutschland fehlten hunderttausende Wohnungen und die Preise für Grundstücke, Immobilien und Mieten stiegen entsprechend – besonders in Wachstumsregionen, zu denen auch Landau gehöre. Darauf müsse sich die Stadt Landau einstellen und entsprechende Vorbereitungen treffen. Wer nicht in die Fläche gehe, werde zwangsläufig die Preise weiter in die Höhe treiben. Das sei sozial unverantwortlich, so die Stadtspitze.

Es sei Fakt, dass es neben dem enormen Interesse an Baulandflächen in den Stadtteilen auch Bedarf in der Kernstadt gebe. Die Raum- und Regionalplanung fordere gerade die Stärkung der Zentren. Deswegen sei es ein Gebot der Vernunft und der Fairness gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadt, dort nicht die allerletzten Reserven auszupressen, nur um von einer Siedlungsentwicklung an den Rändern abzusehen.

Tatsächliche Entscheidungen zur weiteren Ausweisung von zusätzlichen Baulandflächen im Südwesten würden auf der Basis evaluierter Daten getroffen. Zunächst müsse die Verwaltung die Ergebnisse der Untersuchungen liefern. Wenn sich abzeichne, dass weitere Bauflächen denkbar wären, müsse in einer neuerlichen Bewertung der Bedarfssituation des Wohnungs- und

Grundstücksmarktes entschieden werden, ob und in welchem Umfang zusätzliche Areale für eine Bebauung zur Verfügung gestellt würden, erklärte die Stadtspitze zu ihrer Vorgehensweise.

Es gebe keine Veranlassung, die Arbeiten auch nur vorübergehend einzustellen, waren sich Hirsch, Ingenthron und Klemm nach den Beratungen mit den Spitzenkräften der Verwaltung weiterhin einig.

Pressemitteilung der Stadt Landau in der Pfalz. Bitte stets als Quelle angeben.